



Wasser in **Bürgerhand** statt Konzernkontrolle!

Die Wasserversorgung gehört ebenso wie die Abwasserentsorgung den Bürgerinnen und Bürgern. Viele Generationen haben die in öffentlichem Eigentum befindlichen Anlagen bezahlt. Sie bilden einen Kernbestand der gemeinwirtschaftlichen und am Gemeinwohl orientierten Daseinsvorsorge. Ein verantwortlicher öffentlicher Umgang mit diesen Aufgaben kann nur im Rahmen demokratischer Strukturen garantiert werden.

Die zum Teil hoch verschuldeten Kommunen verkaufen immer mehr öffentliches Vermögen, um ihre Aufgaben noch erfüllen zu können. Gleichzeitig suchen privatwirtschaftliche Akteure nach krisensicheren Anlagen mit hoher Rendite und finden sie bei den öffentlichen Betrieben. In Hunderten von Stadtwerken und selbständigen Wasserversorgern sitzen deshalb bereits Konzerne als sogenannte Partner. Den weitaus größten Teil besitzen die vier internationalen Großkonzerne Veolia, Suez, RWE und EON

In einem schleichenden und intransparenten Prozess verschwinden so die öffentliche und demokratische Kontrolle über die Wasserversorgung und die kommunale Fachkompetenz.

In Deutschland garantiert die Wasserwirtschaft im internationalen Vergleich sehr hohe Qualitäts- und Umweltstandards, die es zu erhalten gilt. Doch davon versprechen sich die Konzerne nicht die von ihren Aktionären geforderten hohen Gewinnausschüttungen.

Wir fordern: Schutz der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Deutschland als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge!



Menschenrecht auf Wasser statt Profitinteressen!

Wasser ist „unverzichtbar, wenn Menschen in Würde leben wollen“ formulierten die Vereinten Nationen 2002 das **Menschenrecht auf Wasser**. Es muss für jeden Menschen verfügbar, bezahlbar und qualitativ einwandfrei sein. Und weiter: Wasser muss „als soziales und kulturelles Gut behandelt werden, und nicht in erster Linie als Wirtschaftsgut“.

Im **EU-Binnenmarkt** wird das Gegenteil angestrebt: Wasser soll zur frei handelbaren Ware in allgemein zugänglichen Märkten werden. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Dienstleistungsrichtlinie will fast alle Dienstleistungen, so auch die Wasserversorgung, dem Wettbewerbsrecht unterwerfen.

Neben der Abschaffung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts würden so Möglichkeiten für die Senkung von Standards, Lohndumping und zwangsweise Privatisierungen eröffnet. Das Argument „mehr Effizienz durch Konkurrenz“ greift nicht, da eine baldige Marktberreinigung erwartet wird. Die Folge dieser Monopolisierung: hohe Preise, unzureichende Leistungen, aber dafür satte Gewinne für die Großkonzerne.

In den sogenannten **GATS**-Verhandlungen stellt die Welthandelsorganisation WTO ähnliche, weltweit verpflichtende Regeln für die Marktöffnung in Dienstleistungsbereichen auf. Die EU als Standort der weltweit größten Wasserkonzerne fordert den Marktzugang zur Wasserwirtschaft von 72 Ländern.

GATS verhindert mehr als alle anderen internationalen Verträge die notwendige öffentliche und partizipative Diskussion über eine sozial angemessene und nachhaltige Nutzung des Wassers. Steuerungsinstrumente wie Umweltauflagen oder regionale Wirtschaftsförderung werden zu illegalen Wettbewerbsbeschränkungen erklärt.

Wir fordern: Wasser raus aus dem EU-Binnenmarkt und internationalen Handelsverträgen!



Wasser für die **Armen** statt Entwicklungshilfe für Wasserkonzerne!

Ziel der zweiten Wasserdekade der Vereinten Nationen, die 2005 beginnt, ist die Umsetzung des Millenniums-Entwicklungszieles, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu ausreichendem Trinkwasser bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Auch der Anteil der Menschen ohne Zugang zu Abwasserentsorgung soll halbiert werden.

Die dafür notwendigen Mittel, argumentieren internationale Finanzinstitutionen, könnten unmöglich von Staaten aufgebracht werden, deshalb sei die Beteiligung der Privatwirtschaft unumgänglich. So unumgänglich, dass von IWF und Weltbank und im Rahmen von Entwicklungshilfe weitreichende Subventionen für privatwirtschaftliches Engagement in Entwicklungsländern bezahlt werden sollen. Der Zugang zu Trinkwasser für die Armen auf dem Land oder in den städtischen Slums ist dadurch nicht gewährleistet. Schließlich ist das privatwirtschaftliche Engagement gerade in diesen Gebieten nicht rentabel und damit wenig attraktiv.

Heute fließen nur zwölf Prozent der gesamten Wasser-Projektmittel der Entwicklungshilfe in Länder, in denen weniger als 60% der Bevölkerung Zugang zu Wasserversorgung haben. Dieser Anteil muss deutlich erhöht werden.

Um die Millenniumsziele tatsächlich umzusetzen, muss sich die Entwicklungszusammenarbeit eindeutig um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten bemühen. Voraussetzung dafür ist die Förderung und finanzielle Unterstützung von Reformen öffentlicher Unternehmen, Beteiligung der Bevölkerung und die Förderung lokal angepasster und finanziell günstiger Technologien für die Trinkwasserbeschaffung und die dezentrale Abwasserentsorgung.

Wir fordern: Konzentration der Entwicklungshilfe auf Wasserprojekte für die Ärmsten und Ressourcenschutz!

Bitte freimachen

Antwort

Aktion Schutzdeich
c/o AK Wasser
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin

Ja, ich unterstütze die **Aktion Schutzdeich** und möchte...

- ...am Frühwarnsystem teilnehmen.
- ...weiter zum Thema informiert werden.

Meine E-Mail-Adresse:

Name, Anschrift:

Bitte schicken Sie mir _____ Exemplare des Flyers zu



Wir fordern

● **Schutz der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Deutschland als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge!**

● **Wasser raus aus internationalen Handelsverträgen!**

● **Konzentration der Entwicklungshilfe auf Wasserprojekte für die Ärmsten und Ressourcenschutz!**

X
Datum / Unterschrift

Die Aktion:

Mit der anhängenden Postkarte wollen wir gemeinsam mit Ihnen einen **Schutzdeich** gegen die Privatisierungsflut in der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung bauen. Je mehr Karten, desto größer und wirksamer der Deich! Alle eingehenden Karten werden zu einem Schutzdeich zusammen gefügt. Helfen Sie, dass viele Menschen mitmachen und so der **Schutzdeich** zu einem starken Signal gegen Wasserprivatisierung an die verantwortlichen Politiker wird:

- ▶ bei konkreten Aktionen in Deutschland (etwa bei drohender Privatisierung der Stadtwerke, beim Weltjugendtag, beim Evangelischen Kirchentag)
- ▶ anlässlich von Verhandlungsrunden im Rahmen von Europäischer Union und WTO-GATS, um die Öffnung des Wassersektors für den Wettbewerb zu verhindern
- ▶ beim UN-Gipfel in New York im September, wo die Umsetzung der Millenniumsziele evaluiert werden soll.

Wenn Sie an dem **Schutzdeich** mitbauen wollen, trennen Sie die Karte ab, fügen Sie Ihre Adresse ein, unterschreiben Sie und schicken Sie Ihr „Deichstück“ an unsere Aktionsadresse.

Sie können auch Teil unseres „**Frühwarnsystems**“ werden und gemeinsam mit uns aus aktuellem Anlass gegen die Privatisierung von Wasserversorgung aktiv werden. Wenn Sie Ihre E-mail-Adresse auf der Karte angeben, werden Sie in einen Verteiler für Protest-Briefe und E-mails aufgenommen und erhalten jeweils aktuell die entsprechenden Informationen.

Sollte Protest bei Ihnen vor Ort nötig sein, können Sie einen entsprechenden Vorschlag gern auch an unsere Kontaktadresse senden: Frühwarnsystem@schutzdeich.de

Mehr zum Thema:

www.attac.de/privatisierung
www.brot-fuer-die-welt.de/umwelt
www.fian.de
www.menschen-recht-wasser.de
www.unser-wasser.de
www.wasser-in-buergerhand.de

V.i.S.d.P. Yvonne Ayoub/Diakonisches Werk der EKD/„Brot für die Welt“, Stafflenbergstraße 76, 70184 Stuttgart, 2005:50 frechdruck
Druck auf Recyclingpapier (aus 100% Altpapier) • Gestaltung: Reinhard Mang • Fotoinweis: Stefan Hauck, photo okumene, Coalition against the privatisation of Water, arbeiterfotografie.com, Hamburger Wasserwerke



Aktion Schutzdeich

gegen Wasserprivatisierung

WasserInBürgerhand!



Brot für die Welt
www.brot-fuer-die-welt.de

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen



Netzwerk UNSER Wasser

INKOTA Netzwerk

„Aktion Schutzdeich“ gegen die Privatisierungsflut

Wasser ist lebensnotwendig und unersetzbar. Es muss allen Menschen ausreichend zur Verfügung stehen und darf nicht zu einer Handelsware werden, deren Bereitstellung von Gewinninteressen abhängig ist.

In diesem und im nächsten Jahr stehen zahlreiche Entscheidungen an, die den Zugang zu Wasser als öffentlichem Gut und die Durchsetzung des Menschenrechts auf Wasser gefährden: Im Rahmen des EU-Binnenmarktes, der GATS-Verhandlungen der Welthandelsorganisation oder beim 4. Weltwasserforum in Mexiko im März 2006 sollen Regeln für die Liberalisierung und Privatisierung von Wasserver- und Abwasserentsorgung festgelegt werden.

Dagegen wendet sich die „**Aktion Schutzdeich**“. Sie wird getragen von zahlreichen umwelt- und entwicklungspolitischen Gruppen, dem Netzwerk *WasserInBürgerhand!* und Gewerkschaften.

Wir begrüßen die Feststellung der Vereinten Nationen, dass der angemessene Zugang zu Wasser ein Menschenrecht ist. Wasserdienstleistungen müssen deshalb in öffentlichem Eigentum bleiben und dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Wir setzen uns auch dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger stärker an der demokratischen Kontrolle über Wasser und Abwasser zu beteiligen.

Nach den bisherigen Erfahrungen halten die Privatisierungen beispielsweise in Berlin, in England, Bolivien und den Philippinen die Versprechungen nicht, mit denen sie angepriesen wurden. Verlierer sind die Umwelt und die Verbraucher, besonders die Armen und die Frauen, für die das Wasser oft teurer und der Service schlechter wird. Gewinner sind die großen Wasserkonzerne.

Mit der „**Aktion Schutzdeich**“ wollen wir – gemeinsam mit Ihnen! – bis zum 4. Weltwasserforum im März 2006 an vielen Stellen ein Zeichen setzen, dass der Widerstand gegen Privatisierung von vielen Menschen getragen wird.

Außerdem wollen wir ein „Frühwarnsystem“ aufbauen, um gemeinsam dort stark zu sein, wo rasches Handeln und öffentlicher Protest geboten sind.